

## A1 Bereitstellung einer Informationsplattform und Dokumentation der Sitzungen und Tätigkeiten des Diversitätsrats

Antragsteller\*in: Dominique Schirmer (KV Freiburg)  
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

### Antragstext

- 1 Damit der Diversitätsrat die vielfältigen und umfassenden Aufgaben wahrnehmen kann, die im  
2 Vielfaltsstatut und in der Geschäftsordnung formuliert sind, wird im Grünen Netz eine  
3 interne Plattform eingerichtet, auf der Dokumente und Informationen für diese Arbeit  
4 verfügbar sind. Die Dokumente sind an einem Ort gebündelt und nach einer verständlichen  
5 Struktur geordnet.
- 6 Solche Dokumente sind zum Beispiel:
- 7 Die Geschäftsordnung des Diversitätsrates, alle Einladungen, Ergebnisprotokolle und weiteren  
8 Dokumente, die im Rahmen der einzelnen Diversitätsratssitzungen (seit der ersten Sitzung)  
9 verwendet wurden, Dokumente der Arbeitsgruppen sowie weitere relevante Dokumente und  
10 Informationen, die für die Mitglieder des Diversitätsrates hilfreich sind, um die Beschlüsse  
11 und Maßnahmen des Diversitätsrates nachverfolgen zu können.

### Begründung

Bisher sind Informationen und Dokumente zu den Sitzungen des Bundesdiversitätsrates unvollständig und verstreut über öffentliche und interne Seiten der Partei. Eine sinnvolle Arbeit des Diversitätsrates ist aber nur auf Basis der relevanten Informationen möglich. Dazu gehört die Übersicht über Themen und Beschlüsse bisheriger Sitzungen. Weiterhin ist wichtig, dass der Diversitätsrat die Umsetzung der Beschlüsse kontrollieren und ggf. auch ihre Wirksamkeit überprüfen kann. Bisher verfügt der Diversitätsrat weder über die Informationen, noch schöpft er die Mittel aus, die nötig sind, um die im Vielfaltsstatut und in der Geschäftsordnung festgeschriebenen Aufgaben wahrzunehmen. Eine interne Informationsplattform ist deshalb ein wichtiger Baustein, damit der Diversitätsrat die vielfältigen und umfassenden Aufgaben wahrnehmen kann, die im Vielfaltsstatut (§5) und in der Geschäftsordnung formuliert sind.

## A2 Ageismus endlich zum Thema machen

Antragsteller\*in: Christa Möller-Metzger (KV Hamburg-Wandsbek)  
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

### Antragstext

1 Ältere Menschen sind so bunt und vielfältig wie nie zuvor. Trotzdem werden sie oft alle in  
2 einen Topf geworfen und Vorurteile halten sich hartnäckig. Das fand auch die  
3 Antidiskriminierungsstudie des Bundes heraus, viele Deutsche haben leider negative  
4 Altersbilder: in ihren Augen sind die Alten nicht fit genug, unflexibel und gehören einfach  
5 nicht mehr dazu. Solche Bilder beeinflussen aber nicht nur die Menschen, mit denen Ältere zu  
6 tun haben, sondern auch die Älteren selbst. Das geht so weit, dass ältere Menschen mit einem  
7 negativen Altersbild sieben Jahre weniger leben als andere. Wir müssen deshalb weg von  
8 überholten, defizitorientierten Bildern und stattdessen die Potentiale des Alters erkennen.  
9 Wir müssen sensibler werden und ungerechtfertigte Behandlung von Menschen aufgrund ihres  
10 Lebensalters erkennen, anstatt Ageismus zu bagatellisieren.

### Begründung

Zu jung, zu alt - mehr als 23 % der Menschen, die in den letzten Jahren Diskriminierung erlebt haben, berichten von Benachteiligung aufgrund ihres Alters. Frauen öfter als Männer, Ältere sind öfter betroffen als Jüngere. Das passiert zum Beispiel bei der Jobsuche, im Ehrenamt, in der Politik, bei Banken oder Versicherungen... Es werden unsinnige Altersgrenzen aufgestellt und ältere Menschen erhalten weniger Weiterbildungsangebote und werden selbst im Ehrenamt aufgrund ihres Alters aussortiert. Kommen dann noch Migrationshintergrund, die Zugehörigkeit zur LSBTIQ Community, Beeinträchtigungen oder ein sexistischer Blick auf Frauen hinzu, sind wir schnell bei intersektionaler Diskriminierung. Deshalb ist es so wichtig, dass wir wegkommen von defizitären Altersbildern, den Unterschied zwischen biologischem und kalendarischem Alter erkennen und endlich Ageismus zum Thema machen.

### Unterstützer\*innen

Evelyn Thies (Grüne Alte Ersatzdelegierte)

### A3 Sichtbarkeit verteidigen. Solidarität leben. Queere Rechte europaweit stärken.

Gremium: Präsidium  
Beschlussdatum: 13.05.2026  
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

## Antragstext

- 1 1. Lage: Queere Rechte unter Druck – Sichtbarkeit als demokratische Praxis
- 2 Die Rechte von LSBTIQA\*-Personen stehen europaweit unter wachsendem Druck.
- 3 Rechtspopulistische und autoritäre Kräfte nutzen queerfeindliche Narrative gezielt, um
- 4 gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und demokratische Errungenschaften
- 5 zurückzudrängen. Queerfeindlichkeit ist damit Teil einer politischen Strategie gegen
- 6 Vielfalt und Gleichberechtigung. Besonders betroffen von queerfeindlicher Gewalt und
- 7 Ausgrenzung sind mehrfach marginalisierte Personen – etwa queere BIPOC, trans\* Personen,
- 8 queere Menschen mit Behinderung, jüdische oder muslimische Queers sowie Menschen mit
- 9 geringem Einkommen. Solidarität muss diese unterschiedlichen Lebensrealitäten mitdenken.
- 10 Besonders sichtbar wurde diese Entwicklung in Polen. Angriffe auf Aktivist\*innen,
- 11 Einschränkungen von Sichtbarkeit und die sogenannten „LGBT-freien Zonen“ haben deutlich
- 12 gemacht: Queere Rechte müssen aktiv verteidigt werden. Trotz politischer Veränderungen
- 13 bleibt die Lage vieler Initiativen herausfordernd.
- 14 Auch in Deutschland beobachten wir eine zunehmende Polarisierung und Gewalt. Dies bezieht
- 15 sich nicht nur auf Ostdeutschland, aber gerade in den ostdeutschen Bundesländern ist die
- 16 Lage besonders kritisch. Gerade kleinere und mittlere CSDs berichten von steigenden
- 17 Bedrohungen, rechten Gegenprotesten und wachsendem Sicherheitsaufwand. Gleichzeitig leisten
- 18 lokale Initiativen unter schwierigen Bedingungen zentrale Arbeit für Sichtbarkeit,
- 19 Schutzräume und demokratische Teilhabe.
- 20 CSDs sind dabei weit mehr als Veranstaltungen: Sie sind Orte politischer Sichtbarkeit,
- 21 zivilgesellschaftlicher Organisation, demokratischer Selbstbehauptung und wichtige
- 22 Schutzräume für die queere Community - insbesondere im ländlichen Raum. Gerade dort, wo
- 23 Druck wächst, ist Sichtbarkeit kein Selbstzweck – sie ist Schutz und politisches Signal
- 24 zugleich.
- 25 Viele Initiativen haben in den vergangenen Jahren unter hohem Einsatz genau diese Räume
- 26 geschaffen und verteidigt. Dieses Engagement braucht konkrete Unterstützung.
- 27 Für Bündnis 90/Die Grünen ergibt sich daraus eine klare Verantwortung: Solidarität muss
- 28 praktisch werden.
- 29 2. Herausforderungen und Fortschritte
- 30 Die Rahmenbedingungen für viele Initiativen sind schwierig: begrenzte Ressourcen, steigender
- 31 Sicherheitsbedarf und zunehmende gesellschaftliche Spannungen. Gleichzeitig arbeiten viele
- 32 Strukturen am Limit.

33 Trotzdem wurden in den letzten Jahren wichtige Fortschritte erreicht:

- 34 • Prides wurden auch unter schwierigen Bedingungen organisiert
- 35 • Neue Netzwerke sind entstanden
- 36 • Queere Themen wurden sichtbarer in politische Debatten eingebracht
- 37 • Das Selbstbestimmungsgesetz wurde verabschiedet

38 Diese Entwicklungen zeigen: Veränderung ist möglich – wenn sie unterstützt wird.

39 3. Langfristige Ziele in Deutschland: Sichtbarkeit stärken, Kooperation ausbauen, Strukturen  
40 sichern

41 Um bestehende Strukturen zu stärken und Austausch zu ermöglichen, wollen wir in der Pride-  
42 Saison 2026 queere Sichtbarkeit gezielt stärken und gleichzeitig internationale und  
43 regionale Zusammenarbeit ausbauen.

44 Zentrale Ziele unserer Grünen Politik vor Ort sind:

- 45 • Stärkung von LSBTIQA\*-Sichtbarkeit in herausfordernden Regionen
- 46 • Praktische Umsetzung europäischer Solidarität
- 47 • Vertiefung deutsch-polnischer Kooperationen
- 48 • Unterstützung von Prides insbesondere in Ostdeutschland
- 49 • Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und queerer Beratungsorte
- 50 • Aufbau langfristiger Netzwerke zwischen Politik, Aktivismus und Gesellschaft

51 Dabei geht es nicht um einzelne Ereignisse, sondern um nachhaltige politische Wirkung.

52 4. Gemeinsam handeln: Europäische Verantwortung ernst nehmen

53 Angriffe auf queere Rechte sind Angriffe auf demokratische Grundwerte. Sie betreffen nicht  
54 nur einzelne Länder, sondern Europa als Ganzes. Deshalb braucht es eine gemeinsame Antwort:  
55 Zusammenarbeit statt Vereinzelung. Solidarität statt Rückzug.

56 Die Verbindung von Initiativen in Ostdeutschland und Polen schafft konkrete Mehrwerte:

- 57 • Gegenseitige Unterstützung
- 58 • Erfahrungsaustausch
- 59 • Gemeinsame Strategien gegen queerfeindliche Mobilisierung

60 Die Kämpfe vor Ort sind Teil eines größeren europäischen Zusammenhangs. Sie gemeinsam zu  
61 führen stärkt alle Beteiligten.

62 5. Umsetzung: Sichtbarkeit konkret stärken

63 Das Projekt verbindet internationale Zusammenarbeit mit regionaler Unterstützung:

64 Deutsch-polnischer Austausch

65 Wir knüpfen an die guten Beziehungen zu den polnischen Grünen an und arbeiten gemeinsam  
66 daran, die Rechte von LSBTIQA\*-Personen in Polen und Deutschland zu verteidigen. Unter  
67 anderem möchten wir das Jubiläum der Warschau Pride nutzen, um gemeinsam unsere Kooperation  
68 und Vernetzung mit den polnischen Grünen zu vertiefen, indem wir sie dabei unterstützen,  
69 mehr Sichtbarkeit für ihren Einsatz für LSBTIQA\*-Rechte zu erlangen.

70 Unterstützung zentraler Programmpunkte rund um das 25. Jubiläum der Warschau Pride in  
71 Kooperation mit dem europapolitischen Sprecher des Bundesvorstands:

- 72 • Vernetzungs- und Austauschformate
- 73 • Teilnahme einer deutschen Delegation und Unterstützung bei der 25-jährigen Warschau  
74 Pride sowie Durchführung eines Vernetzungstreffens in Warschau

75 Ziel ist die Stärkung der Sichtbarkeit queerer Kämpfe und die Erhöhung europäischer  
76 Aufmerksamkeit.

77 Unterstützung von Prides insbesondere in Ostdeutschland

78 Gezielte Förderung von:

- 79 • CSD Mecklenburg-Vorpommern
- 80 • CSD in Sachsen-Anhalt

81 Ziel ist die Stärkung lokaler Strukturen, die Absicherung von Sichtbarkeit und die konkrete  
82 Umsetzung von Solidarität.

83 Solidarität jenseits von Wahlkämpfen - „Grün ist Queer“ leben

- 84 • Community Building Maßnahmen und Besuche bei zivilgesellschaftlichen queeren  
85 Organisationen, die queere Rechte stärken.
- 86 • Die Gremien der Partei wie z.B. Dachstruktur QueerGrün sollen stärker eingebunden und  
87 Zusammenarbeit ausgebaut werden.

## A4 Aufnahme der BAG Religionen in den Bundesdiversitätsrat

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 27.04.2026  
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

### Antragstext

- 1 Der Bundesvorstand beantragt auf Wunsch der BAG Religionen die Aufnahme der neu formierten
- 2 BAG Religionen als Delegierte für den Bundesdiversitätsrat. Bei der nächsten BDK am 04.-
- 3 06.12.2026 soll der Bundesdiversitätsrat einen Antrag zur Satzungsänderung im
- 4 Vielfaltsstatut einbringen. Die BAG Religionen soll im Vielfaltsstaut unter II.
- 5 Innerparteiliche Strukturen § 5 Diversitätsrat unter Punkt 2.4 mitaufgeführt werden.

### Begründung

Religion ist im Vielfaltsstatut in der Präambel als Vielfaltsmerkmal gelistet. Andere themenbezogene BAGen wie z.B. BAG Behindertenpolitik oder Dachstruktur QueerGrün sind im Bundes-Diversitätsrat vertreten.

## A5 Für eine wirklich inklusive GRÜNE Partei

Antragsteller\*in: Marc Kersten (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

### Antragstext

1 GRÜNE Vielfaltspolitik geht nur mit einer starken Stimme für Menschen mit Behinderung. Das  
2 geht nur miteinander, statt gegeneinander. Nur im Gespräch mit uns, statt über uns. Denn  
3 Benachteiligung hat viele Dimensionen, ist oft intersektional und verbirgt sich im  
4 Unterbewusstsein und unsichtbaren Strukturen.

5 1. Präambel:

6 Für uns BündnisGRÜNE muss deshalb gelten:

7 1. Eine inklusive Gesellschaft bringt Vorteile für alle Menschen - mit und ohne  
8 Behinderung.

9 2. Die Würde von Menschen mit Behinderung ist nicht verhandelbar.

10 3. Selbstbestimmung und gleiche Teilhabe für Menschen mit Behinderung sind unsere  
11 unverrückbaren Grundprinzipien.

12 4. Behindertenpolitik ist kein Nischenthema, sondern ein Querschnittsthema. Wegducken  
13 gilt nicht!

14 5. Aus Artikel 1 und 3 Grundgesetz, der Allgemeinen UN-Menschenrechtserklärung, der  
15 Europäischen Sozialcharta, der EU-Vielfaltsrichtlinie und insbesondere der UN-  
16 Behindertenrechtskonvention ergeben sich klare Rechtsansprüche.

17 6. Menschen mit Behinderung wollen kein Mitleid, sondern Respekt. Sie haben Fähigkeiten,  
18 die sie zum Wohle der Gesellschaft einsetzen wollen.

19 7. Schluss mit Sonderstrukturen nach dem Prinzip „Aus den Augen, aus dem Sinn“.

20 8. Redet nicht über sondern mit uns über Inklusion.

21 9. Nutzt unser vielfältiges Expert\*innenwissen in eigener Sache.

22 10. Menschen mit Behinderung wollen und brauchen keinen Paternalismus (wohlmeinende  
23 Fremdbestimmung), sondern Nachteilsausgleiche.

24 11. Angriffen auf Menschen mit Behinderung und ihre Grundrechte begegnen wir lautstark.  
25 Wehret den Anfängen!

26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versteht sich als Bündnispartei, deren Stärke in der Vielfalt liegt.

27 Seit der Gründung setzen wir uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein.

28 Unser Vielfaltsstatut formuliert das klare Ziel: Die Repräsentation von gesellschaftlich

29 diskriminierten oder benachteiligten Gruppen soll mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen

30 Anteil auf der jeweiligen Ebene erfolgen.

31 Doch die Realität in unseren eigenen Reihen bleibt weit hinter diesem Anspruch zurück. Dies  
32 führt zu einer tiefen Frustration: Wir müssen erleben, dass engagierte Mitglieder aus der  
33 Partei austreten, weil sie sich persönlich ausgebremst, das Thema Inklusion strukturell  
34 nicht umgesetzt und programmatisch nicht ausreichend gespiegelt sehen. Wenn wir als Partei  
35 glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir unsere eigenen, unsichtbaren und ausschließenden  
36 Strukturen sichtbar machen und einreißen.

## 37 2. Repräsentationslücke:

38 Wir freuen uns über sichtbare Erfolge in der Repräsentation vielfältiger Gruppen in  
39 parlamentarischen Spitzenämtern und Regierungsverantwortung. Doch Menschen mit Behinderung  
40 fehlen in dieser Sichtbarkeit eklatant. Dies belegen auch die innerparteilichen Zahlen:  
41 Während in der Gesamtbevölkerung laut Bundesteilhabebereicht fast 30% der Menschen eine  
42 Behinderung aufweisen (davon 9,3% mit anerkannter Schwerbehinderung), liegt dieser Anteil  
43 bei uns derzeit nur bei 6% mit anerkannter Schwerbehinderung. Diese Unterrepräsentation  
44 zeigt, dass unsere Strukturen noch immer nicht so durchlässig und inklusiv sind, wie wir es  
45 uns zur Aufgabe gemacht haben. Insbesondere auch auf höherer Mandatsebene (Landtag,  
46 Bundestag) klafft eine große Lücke.

## 47 3. Ableismus im parteiinternen Alltag:

48 Wir stellen uns laut Statut Diskriminierung auch innerhalb unserer Partei entschlossen  
49 entgegen. Die vorhandenen inklusionsfeindlichen "strukturellen und omnipräsenten  
50 Privilegien" müssen verringert und eingeschränkt werden. Dennoch ist Ableismus bittere  
51 parteiinterne Realität. Er äußert sich oft subtil, aber mit massiven Auswirkungen auf die  
52 politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung:

- 53 • Tokenismus und Quotendenken: Es kommt vor, dass Kandidat\*innen mit Behinderungen ein  
54 guter Listenplatz mit der Begründung verwehrt wird, dass bereits eine andere Person  
55 mit sichtbarer Behinderung gewählt worden sei (Zitat: „Es wurde schon ein Mensch mit  
56 Behinderung gewählt“). Vielfalt ist jedoch keine Checkliste, die man mit einer  
57 einzelnen Person abhakt.
- 58 • Degradierung von Leistung und Kompetenz: Politischer Erfolg von Mandatsträger\*innen  
59 mit Behinderung wird intern teils auf die Behinderung reduziert („nur so weit  
60 gekommen, weil...“). Gleichzeitig wird Betroffenen pauschal eine geringere  
61 Leistungsfähigkeit unterstellt, weshalb ihnen von Kandidaturen abgeraten wird oder sie  
62 aus Fraktionen und Ämtern gedrängt werden, samt Aufforderung, ihr Mandat/Amt  
63 niederzulegen. Tatsächlich gehen Menschen mit Behinderung oft über ihre  
64 Leistungsgrenzen und zeigen aufgrund ihrer härteren Lebenserfahrung eine  
65 überdurchschnittliche Resilienz.
- 66 • Victim-Blaming: Absurde Argumentationsmuster, bei denen Menschen die Schuld an  
67 erworbenen Behinderungen (z.B. durch Unfälle) zugewiesen wird, um ihnen die  
68 Legitimation abzusprechen, das Thema Vielfalt politisch zu vertreten, sind  
69 inakzeptabel.
- 70 • Sprachliche Diskriminierung: Ableismus reproduziert sich in unserer Alltagssprache.  
71 Unbedachte ableistische Metaphern in politischen Debatten wirken exkludierend. Durch  
72 kritische Selbstreflexion müssen wir ein Bewusstsein über diese  
73 Diskriminierungsmechanismen verankern und sie abbauen. Umgekehrt steht es Betroffenen

74 stets frei, sich negativ besetzte Begriffe wieder anzueignen und sie als  
75 Selbstbezeichnung politisch positiv umzudeuten.

76 • Infragestellung der Behinderung: Vor allem unsichtbare und psychische Behinderungen  
77 werden oft abgewertet oder ganz in Frage gestellt. Niemand sollte aber unter  
78 Rechtfertigungsdruck gestellt werden, persönlichste Dinge offenbaren zu müssen, die  
79 aus gutem Grund hohen Ansprüchen an Vertraulichkeit unterliegen und entsprechend  
80 rechtlich behandelt werden. Hier werden Betroffene in eine unmögliche Situation mit  
81 hohem Risikopotenzial gebracht, da die Informationen gegen sie verwendet werden  
82 (können).

#### 83 4. Unsere Forderungen zur strukturellen Verankerung:

84 Es reicht nicht mehr, Inklusion nur in Sonntagsreden zu fordern. Wir verlangen, dass das  
85 Thema endlich konkreten Niederschlag bei all unseren Abgeordneten und in der täglichen  
86 Arbeit findet. Das Vielfaltsstatut sieht ausdrücklich vor, Instrumente wie Quoten oder  
87 Empowerment-Maßnahmen zu entwickeln, um unsere Ziele zu erreichen. Daraus leiten wir  
88 folgende Forderungen ab:

- 89 • Einführung einer Quote: Um die Lücke zwischen den knapp 30% von Menschen mit  
90 Behinderungen (davon 9,3 % anerkannt schwerbehindert) einerseits und unserer  
91 parteiinternen Repräsentanz von nur 6 % mit anerkannter Schwerbehinderung andererseits  
92 zu schließen, fordern wir eine verbindliche Quote für Menschen mit Behinderung bei der  
93 Besetzung von Ämtern und Mandaten. Insbesondere auch bei den bevorstehenden  
94 Landtagswahlen 2027 in NRW und Schleswig-Holstein.
- 95 • Wirksame Antidiskriminierungsstruktur: Das Statut verspricht, Diskriminierungsfälle  
96 aktiv zu bearbeiten und Betroffene zu schützen. Wir fordern den flächendeckenden  
97 Ausbau einer unabhängigen, weisungsfreien Antidiskriminierungsstruktur, die bei  
98 ableistischen Vorfällen effektiv eingreift und sensibilisiert. Hierzu brauchen wir  
99 zeitnah Richtlinien für den Umgang mit Menschen mit Behinderung bzw. schweren  
100 gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Die angemessene Einbindung in die Awareness-  
101 Strukturen (Achtsamkeit/Bewusstsein) unserer Partei halten wir für unabdingbar.  
102 Verstöße bedürfen einer klaren Sanktionierung.
- 103 • Empowerment durch Vernetzung: Wir fordern die offizielle Einrichtung und dauerhafte  
104 finanzielle Unterstützung eines „Netzwerks von Stammtischen für Mandatsträger\*innen  
105 mit Behinderung“. Das Statut sieht explizit vor, Räume zu stärken, in denen sich  
106 Menschen mit Diskriminierungserfahrung in einem geschützten Rahmen austauschen und  
107 vernetzen können. Parallel dazu bedarf es ähnlicher digitaler Schutzräume.
- 108 • Wahl von Inklusions-Obleuten: Wir fordern die Einführung von Obleuten (Ob-Frau, Ob-  
109 Mann, Ob-Person) auf allen Gliederungsebenen. Diese müssen mit den nötigen Befugnissen  
110 ausgestattet werden, um auf die konsequente Umsetzung der Inklusion in der  
111 alltäglichen Parteiarbeit zu achten.
- 112 • Umfassend barrierefreie Partei: Zeitnahe Überarbeitung und Präzisierung des Leitfadens  
113 für barrierefreie Veranstaltungen. Mit einem aus Verzichtsspenden finanzierten  
114 Sozialfonds behinderungsübergreifend für gleiche Teilhabe in der Partei sorgen.  
115 Konkrete Nachteilsausgleiche (u.a. bei Redezeiten) in den Parteistatuten statt neuer  
116 und zusätzlicher Hürden.

117 Version in einfacher Sprache:

118 1. Einleitung:

119 Diskriminierung von Menschen mit Behinderung gibt es oft auch in unserer Partei. Sie ist  
120 häufig unsichtbar. Sie ist nicht immer absichtlich. Viele Menschen mit Behinderung werden  
121 und sind zusätzlich aus anderen Gründen benachteiligt (schweres Wort dafür: intersektionale  
122 und Mehrfach-Diskriminierung).

123  
124 Deshalb brauchen wir klare Regeln für den Umgang mit uns Menschen mit Behinderung in unserer  
125 Partei. Und brauchen Grundsätze für politischen Austausch:

- 126 1. Wir sind für eine inklusive Gesellschaft, weil sie gut für alle ist.
- 127 2. Unsere Menschenwürde ist nicht verhandelbar.
- 128 3. Selbstbestimmung und gleiche Teilhabe ohne wenn und aber.
- 129 4. Behindertenpolitik ist ein Querschnittsthema (das heißt: Wir Menschen mit Behinderung  
130 müssen überall mitgedacht werden und alle sollten dabei helfen).
- 131 5. Deutsche, europäische und internationale Gesetze und Verträge geben Menschen mit  
132 Behinderung klare Rechte. Insbesondere die UN-Behindertenrechtskonvention.
- 133 6. Wir wollen Respekt und haben Fähigkeiten, die wir zum Wohle der Gesellschaft einsetzen  
134 wollen.
- 135 7. Schluss mit Sonderstrukturen, die uns unsichtbar machen.
- 136 8. Redet nicht über sondern mit uns.
- 137 9. Wir sind die Experten: Nutzt unser Wissen in eigener Sache.
- 138 10. Wir brauchen keine unerbetene Hilfe, sondern konkrete Nachteilsausgleiche.
- 139 11. Wenn wir Menschen mit Behinderung und unsere Grundrechte angegriffen werden, dann  
140 müssen wir alle sofort und laut „Stopp“ sagen!

141 Anspruch und Wirklichkeit:

142  
143 Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt: Vielfalt macht uns Stark. Seit der Gründung setzen  
144 wir uns dafür ein, dass alle Menschen immer mitmachen können. Unser Vielfalts-Statut (das  
145 sind unsere Regeln für Vielfalt) sagt ganz klar: Benachteiligte Gruppen sollen in der Partei  
146 genauso stark vertreten sein wie in der Gesellschaft.

147 Aber die Wirklichkeit in der Partei sieht leider anders aus. Das macht viele sehr traurig  
148 und wütend. Aktive Mitglieder verlassen sogar die Partei. Sie sagen: Die Partei redet nur  
149 über Inklusion, tut aber zu wenig dafür. Wenn wir als Partei glaubwürdig sein wollen, müssen  
150 wir unsere eigenen, unsichtbaren Barrieren erkennen und abbauen.

151 2. Wir sind zu wenige (Repräsentationslücke):

152  
153 Wir freuen uns, dass verschiedene Gruppen in der Partei und in der Regierung besser  
154 vertreten sind. Aber Menschen mit Behinderung fehlen in wichtigen Ämtern. Die Zahlen zeigen  
155 das deutlich: In Deutschland haben fast 30% eine Behinderung. Das sind sehr viele! 9,4  
156 Prozent der Menschen haben eine Schwerbehinderung. Aber in unserer Partei haben ab der

157 Kreis-Ebene aufwärts nur 6 Prozent in Ämtern und Mandaten eine Schwerbehinderung. Das zeigt:  
158 Wir lassen Menschen mit Behinderung noch immer nicht richtig mitmachen.

### 159 3. Diskriminierung im Partei-Alltag (Ableismus):

160  
161 Ableismus ist das Fach-Wort für die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung. In unseren  
162 Regeln steht, dass wir gegen Diskriminierung sind. Trotzdem gibt es auch in unserer Partei  
163 Ableismus. Er zeigt sich oft im Verborgenen, hat aber schlimme Folgen:

- 164 • „Einer reicht“ wird oft gesagt: Manchmal bekommt eine Person mit Behinderung keinen  
165 guten Listen-Platz. Die Ausrede ist dann: „Es wurde schon ein Mensch mit Behinderung  
166 gewählt.“ Aber Vielfalt ist keine Liste, auf der man einfach ein Häkchen macht.
- 167 • Leistung wird schlechtgemacht: Manchmal wird gesagt: „Die Person hat es nur wegen der  
168 Behinderung so weit geschafft.“ Gleichzeitig wird oft behauptet, Menschen mit  
169 Behinderung könnten nicht so viel leisten. Deshalb wird ihnen davon abgeraten, für ein  
170 Amt zu kandidieren. Oder sie werden sogar aus ihrem Amt oder Mandat gedrängt. Das ist  
171 Mobbing, das darf nicht sein!
- 172 • Falsche Vorwürfe (Victim-Blaming): Manchmal wird Leuten gesagt, sie seien an ihrem  
173 Unfall oder ihrer Behinderung selbst schuld. Darum dürften sie das Thema Vielfalt  
174 nicht vertreten. Das ist völlig falsch.
- 175 • Verletzende Sprache: Diskriminierung zeigt sich auch in unserer Sprache. Oft werden  
176 verletzende Wörter benutzt, ohne nachzudenken. Wir müssen unsere Sprache ändern, damit  
177 sie niemanden ausschließt.  
178  
179 Manchmal benutzen wir selber solche Worte. Das ist dann gut und richtig, wenn es uns  
180 stärkt und Kraft gibt.
- 181 • Infragestellung der Behinderung: Viele Menschen haben eine unsichtbare oder psychische  
182 Behinderung. Das darf nicht abgewertet oder in Frage gestellt werden. Niemand soll  
183 sich rechtfertigen müssen oder sehr persönliche Dinge erzählen müssen.

### 184 4. Unsere Forderungen (was sich ändern muss):

185  
186 Schöne Reden reichen nicht mehr. Wir fordern, dass Inklusion im Alltag der Partei und bei  
187 den Abgeordneten wirklich gelebt wird. Unsere Regeln für Vielfalt erlauben Maßnahmen wie  
188 Quoten. Darum fordern wir:

- 189 • Eine feste Quote: Wir wollen die Lücke zwischen den 9,4 Prozent (in der Gesellschaft)  
190 und den 6 Prozent (in der Partei) schließen. Deshalb fordern wir feste Plätze (eine  
191 Quote) für Menschen mit Behinderung bei Ämtern und Wahlen.
- 192 • Hilfe bei Diskriminierung: Wenn Menschen mit Behinderung diskriminiert werden müssen  
193 sie wissen, an wen sie sich wenden können. Dafür muss es überall in der Partei  
194 unabhängige Stellen geben, die dann helfen. Sie dürfen nicht weisungsgebunden sein,  
195 damit sie die richtigen Entscheidungen treffen. Sie müssen auch Strafen verhängen  
196 dürfen. Wir fordern dafür klare Regeln und wollen mehr Bewusstsein in der Partei  
197 schaffen.
- 198 • Treffen für den Austausch: Wir fordern regelmäßige Treffen für Menschen mit  
199 Behinderung, die gewählt wurden. Die Partei muss diese Treffen offiziell machen und

- 200 Geld dafür geben. Dort können sich Betroffene in einem geschützten Raum austauschen  
201 und gegenseitig stärken. Diese Treffen soll es mal in live und mal digital geben.
- 202 • Ansprech-Personen (Ob-Leute): Es muss auf jeder Ebene der Partei mindestens eine  
203 Person geben, die sich um Inklusion kümmert. Diese Personen brauchen echte Rechte,  
204 damit sie bei der Partei-Arbeit auf Inklusion achten können.
- 205 • Umfassend barrierefreie Partei: Wir überarbeiten ganz schnell die Richtlinien für  
206 Barrierefreiheit. Damit alle unsere Veranstaltungen niemanden ausschließen. Wir  
207 fordern einen Spar-Topf, aus dem alles bezahlt wird, der für gleiche Teilhabe aller  
208 Parteimitglieder sorgt. Das finanzieren wir aus Verzichtsspenden. Auch unsere Satzung  
209 und Regeln müssen barrierefrei sein: wir brauchen mehr Nachteilsausgleiche.

## Begründung

(einstimmig beschlossen auf der Sitzung der BAG Behindertenpolitik am 26.4.2026)

## Unterstützer\*innen

Louisa Fries (BAG Behindertenpolitik); Christian Judith (BAG Behindertenpolitik); Susann Kolba (BAG Behindertenpolitik)

## A6 Vielfalt in Versammlungen stärken

Antragsteller\*in: Marc Kersten (KV Köln)  
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

### Antragstext

1 Der Bundesdiversitätsrat beschließt, auf der nächsten BDK folgenden Änderungsantrag zum  
2 Bundesvielfaltsstatut zu stellen:

- 3 • Ergänzung eines Punktes (5) in § 2 Versammlungen:

4  
5 (5) Auf Bundesebene und in allen Untergliederungen muss vor jeder Abstimmung (nicht  
6 jedem Wahlgang innerhalb einer Abstimmung) über ein personengebundenen Votum, ein per  
7 Wahl zu besetzendes Parteiamt oder eine Delegation/Ersatzdelegation folgende zentrale  
8 Aussage dieses Statuts vorgelesen werden:

9  
10 "Die Repräsentation von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen  
11 mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil auf der jeweiligen Ebene ist unser  
12 Ziel (...) in Bezug auf das Geschlecht, eine rassistische, antisemitische oder  
13 antiziganistische Zuschreibung, die Religion und Weltanschauung, eine Behinderung oder  
14 Erkrankung, das Lebensalter, die Sprache, die sexuelle Orientierung oder  
15 geschlechtliche Identität, den sozialen oder Bildungsstatus oder die Herkunft".

16  
17 Soweit rechtlich zulässig wird dies auch für Kandidierenden-Aufstellungen (in  
18 Wahlkreisen, auf Listen o.ä.) nach Parteien- und Wahlgesetzen analog angewandt.  
19 Ansonsten wird die weitgehendste Umsetzung in diesem Sinne angestrebt.

### Begründung

Die 2. Vielfaltsumfrage wird die subjektive Wahrnehmung vermutlich bestätigen: An der Unterrepräsentation von Menschen mit Behinderung und anderen im Vielfaltsstatut aufgeführten Gruppen hat sich in unserer Partei strukturell wenig geändert, trotz vorhandener Bemühungen.

Es braucht zusätzliche Umsetzungsschritte, die nicht nur beim notwendigen individuellen Empowerment ansetzen, sondern auch an den entscheidenden Punkten greifen, wo sich Repräsentation entscheidet: Bei Wahlen und Votenvergaben.

Solange es keine Vielfaltsquote gibt, kann der Hinweis auf das Vielfaltsstatut bereits eine gewisse Wirkung entfalten. Denn in unserer schnell wachsenden Partei gibt es viele (Neu-)Mitglieder, die dieses gar nicht kennen und nicht wissen, dass es konkrete Forderungen und Ziele vorgibt.

Etwas, was sinnvollerweise auch Thema von Neumitgliedertreffen sein sollte und bei Vorgesprächen zu Kandidaturen.

Lasst uns das Vielfaltsstatut mit Leben erfüllen und in die Breite der Partei tragen!

## Unterstützer\*innen

Louisa Fries (BAG Behindertenpolitik); Christian Judith (BAG Behindertenpolitik)

## A7 Zugang zu Schutzrechten im GEAS-Kontext evaluieren und sichern

Antragsteller\*in: Tobias Seebeck (KV Bremerhaven)  
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge  
Status: Zurückgezogen

### Antragstext

- 1 Der Bundesdiversitätsrat fordert vor dem Hintergrund der Reformen des Gemeinsamen
- 2 Europäischen Asylsystems (GEAS) sowie der entsprechenden nationalen Anpassungen, die
- 3 praktische Umsetzung der dort vorgesehenen Unterstützungs- und Schutzrechte für Geflüchtete
- 4 mit besonderen Schutzbedarfen regelmäßig zu monitoren.
- 5 Hierfür soll ein bundesweit koordiniertes Monitoring etabliert werden, dessen praktische
- 6 Durchführung unter Einbeziehung der Länder erfolgt.
- 7 Die hierfür zuständigen Stellen sollen zum Zweck der Evaluation angemessenen Zugang zu
- 8 relevanten Einrichtungen, Unterbringungsstrukturen sowie Transit- und Verfahrensbereichen
- 9 erhalten.
- 10 Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sollen veröffentlicht und den zuständigen Gremien
- 11 regelmäßig vorgelegt und dort im Hinblick auf mögliche Zugangsbarrieren und
- 12 Unterstützungsbedarfe diskutiert werden.

### Begründung

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sowie der entsprechenden nationalen Umsetzungsregelungen beinhalten eine Vielzahl von Verfahrensänderungen, Zuständigkeitsverschiebungen und neuen strukturellen Abläufen im Asylsystem.

Diese Reformen eröffnen zugleich die Möglichkeit, Schutzstandards für Geflüchtete mit besonderen Schutzbedarfen zu stärken, insbesondere durch eine frühe Identifikation von Vulnerabilitäten, eine stärkere Vereinheitlichung von Verfahren, sowie verbesserte Dokumentations- und Nachweispflichten im Hinblick auf Schutzbedarfe.

Vor diesem Hintergrund besteht jedoch die Notwendigkeit, die tatsächliche Zugänglichkeit der vorgesehenen Unterstützungs- und Schutzangebote systematisch zu beobachten und auszuwerten.

Gerade für Personen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf - etwa aufgrund von Traumatisierungen, Behinderungen, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung oder weiterer vulnerabilisierender Faktoren - kann die zunehmende Komplexität der Verfahren sowie die Vielzahl beteiligter Stellen zugleich zu praktischen Hürden im Zugang zu notwendigen Schutz- und Unterstützungsleistungen führen.

Ein regelmäßiges Monitoring ermöglicht es, sowohl die Umsetzung potenzieller Verbesserungen als auch mögliche strukturelle Zugangsbarrieren frühzeitig zu identifizieren und auf dieser Grundlage zielgerichtete Anpassungen in den Verfahren und Unterstützungsstrukturen abzuleiten.

Ziel ist es, sicherzustellen, dass die in der GEAS-Reform vorgesehenen Rechte nicht nur formal bestehen, sondern in ihrer tatsächlichen Umsetzung diskriminierungsarm, niedrigschwellig und effektiv zugänglich sind.

A8 Strukturelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Diskriminierung in Parteistrukturen sichtbar machen und wirksam entgegenwirken

Antragsteller\*in: Xenia Kellner (KV Hannover)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

## Antragstext

1 Der Diversitätsrat möge beschließen:

2 Der Diversitätsrat von Bündnis 90/Die Grünen erkennt an, dass geschlechtsspezifische Gewalt,  
3 Diskriminierung, Ausschluss und Machtmissbrauch innerhalb politischer Parteien ein  
4 ernstzunehmendes demokratiepolitisches und organisationskulturelles Problem darstellen  
5 können und demokratische Mitgestaltung erschweren oder verhindern.

6 Insbesondere Frauen und weiblich gelesene Personen sind im politischen Raum disproportional  
7 von Gewalt, Einschüchterung, Abwertung und strukturellem Ausschluss betroffen.  
8 Internationale Studien von unter anderem UN Women, International IDEA und der Inter-  
9 Parliamentary Union zeigen seit Jahren, dass Frauen in der Politik überdurchschnittlich  
10 häufig Erfahrungen mit:

- 11 • sexistischer Gewalt,
- 12 • sexualisierter Belästigung,
- 13 • psychischer Gewalt,
- 14 • digitaler Gewalt,
- 15 • Einschüchterung,
- 16 • Herabwürdigung,
- 17 • sowie strukturellem Ausschluss
- 18 machen.

19 Diese Studien zeigen auch, dass insbesondere

- 20 • Frauen,
- 21 • queere Menschen,
- 22 • junge Menschen,
- 23 • migrantische und rassifizierte Personen,
- 24 • Menschen mit Behinderung,
- 25 • sowie andere marginalisierte Gruppen
- 26 überproportional von Gewalt, Diskriminierung, Einschüchterung und Ausschluss im
- 27 politischen Raum betroffen sind.

28 Die Forschung zeigt zugleich, dass viele Formen politischer Gewalt und Diskriminierung nicht  
29 nur von externen Akteuren ausgehen, sondern auch innerhalb politischer Institutionen und  
30 Parteien stattfinden können.

31 Sie zeigt auch, dass Gewalt und Diskriminierung im politischen Raum häufig nicht nur  
32 Ausdruck individuellen Fehlverhaltens einzelner Personen sind, sondern mit strukturellen  
33 Machtverhältnissen, informellen Hierarchien, Organisationskulturen und ungleichen Zugängen  
34 zu Ressourcen und Einfluss zusammenhängen.

35 Viele Formen struktureller und geschlechtsspezifischer Gewalt bleiben dabei unsichtbar, weil  
36 sie informell stattfinden, z.B.:

- 37 • durch Ausschluss aus Netzwerken,
- 38 • strategische Isolation,
- 39 • soziale Sanktionierung,
- 40 • Rufschädigung,
- 41 • systematisches Nicht-Ernstnehmen,
- 42 • das Unterlassen von Unterstützung,
- 43 • Einschüchterung,
- 44 • oder subtile Formen psychischer und institutioneller Gewalt.

45 Viele Betroffene melden entsprechende Erfahrungen zudem nicht, unter anderem aus Angst vor:

- 46 • Retaliation,
- 47 • Karriereeinbußen,
- 48 • sozialer Isolation,
- 49 • öffentlicher Stigmatisierung,
- 50 • oder mangelndem Vertrauen in bestehende Strukturen.

51 Gleichzeitig besteht global bislang eine erhebliche Wissens- und Datenlücke über Gewalt-,  
52 Diskriminierungs- und Machtstrukturen innerhalb politischer Parteien selbst. Während  
53 Untersuchungen zu struktureller Diskriminierung zunehmend in NGOs, Ministerien,  
54 Sicherheitsbehörden, Universitäten, internationalen Organisationen oder Unternehmen  
55 durchgeführt werden, fehlen vergleichbare systematische Untersuchungen innerhalb politischer  
56 Parteien bislang weitgehend.

57 Was nicht erhoben wird und wozu es keine Daten gibt, bleibt unsichtbar. Und was unsichtbar  
58 bleibt, dem kann nicht effektiv und strategisch entgegengewirkt werden.

59 Dabei tragen Parteien als zentrale demokratische Institutionen eine besondere Verantwortung.  
60 Sie entscheiden u.a. maßgeblich darüber:

- 61 • wer Zugang zu politischer Mitgestaltung erhält,
- 62 • wer kandidiert,
- 63 • wer sichtbar wird,
- 64 • wer politische Entscheidungen prägt,
- 65 • und welche Menschen langfristig im politischen Raum bleiben.

66 Als Bündnis 90/Die Grünen setzen wir uns gesellschaftlich für Antidiskriminierung,  
67 Gleichberechtigung, Transparenz und den Schutz vor Gewalt ein. Deshalb sehen wir uns in der  
68 Verantwortung, diese Ansprüche auch innerhalb unserer eigenen Strukturen konsequent zu  
69 reflektieren und weiterzuentwickeln.

70 Gerade in einer Zeit starken Mitgliederwachstums und zunehmender gesellschaftlicher  
71 Polarisierung ist es entscheidend, demokratische Beteiligung, diskriminierungssensible  
72 Parteikultur und den Schutz vor Gewalt strukturell zu stärken.

73 Der Diversitätsrat versteht diese Auseinandersetzung deshalb als Teil einer demokratischen,  
74 feministischen Organisationsentwicklung und als Beitrag zur Stärkung von Vertrauen, Teilhabe  
75 und demokratischer Resilienz innerhalb politischer Parteien.

76 Deshalb fordert der Diversitätsrat:

## 77 **1. Entwicklung eines Konzepts für eine unabhängige und** 78 **wissenschaftlich begleitete Untersuchung**

79 Der Diversitäts Rat beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit:

- 80 • relevanten Parteigremien, wie den BAGen als fachpolitische Gremien, insbesondere der  
81 BAG Frauen, dem Diversitätsrat und dem Bundesfrauenrat
- 82 • unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen,
- 83 • Demokratieforschung,
- 84 • feministischer Organisationsforschung,
- 85 • Antidiskriminierungsstellen,
- 86 • sowie zivilgesellschaftlichen Expert\*innen

87 ein Konzept für eine unabhängige und anonymisierte Untersuchung zu:

- 88 • geschlechtsspezifischer Gewalt,
- 89 • Diskriminierung,
- 90 • Ausschlussmechanismen,
- 91 • Machtstrukturen,
- 92 • digitaler Gewalt,
- 93 • sowie strukturellen Barrieren innerhalb der Partei
- 94 zu entwickeln.

## 95 **2. Sichtbarmachung struktureller und informeller** 96 **Machtmechanismen**

97 Der Diversitätsrat fordert den Bundesvorstand auf, dass innerhalb der Partei stärker  
98 untersucht wird und Daten dazu erhoben werden:

- 99 • wie informelle Machtstrukturen wirken,
- 100 • welche Ausschlussmechanismen bestehen,
- 101 • welche Gruppen die Partei häufiger verlassen oder sich zurückziehen,
- 102 • und welche strukturellen Faktoren politische Teilhabe erschweren.

103 Dabei sollen insbesondere auch Erfahrungen mehrfachdiskriminierter Personen berücksichtigt  
104 werden.

## 105 **3. Entwicklung evidenzbasierter Maßnahmen zur** 106 **Prävention und zum Schutz**

107 Auf Grundlage der Erkenntnisse sollen neben den schon bestehenden Maßnahmen, weitere  
108 konkrete Maßnahmen entwickelt werden zur:

- 109 • Prävention geschlechtsspezifischer und struktureller Gewalt,
- 110 • Sensibilisierung innerhalb der Partei,
- 111 • Stärkung diskriminierungssensibler Parteikultur,
- 112 • Unterstützung und Schutz Betroffener,
- 113 • Verbesserung demokratischer Beteiligung,
- 114 • sowie Reduzierung struktureller Ausschlussmechanismen.

115 **4. Beitrag zur Schließung einer gesellschaftlich**  
116 **relevanten Forschungslücke**

117 Der Diversitätsrat erkennt an, dass innerhalb politischer Parteien bislang kaum  
118 systematische Forschung zu Gewalt-, Diskriminierungs- und Machtstrukturen existiert und  
119 sieht darin eine relevante demokratiepolitische Forschungslücke.

120 Bündnis 90/Die Grünen sollen deshalb dazu beitragen, diese Wissenslücke verantwortungsvoll  
121 mit zu schließen und neue Standards für demokratische, diskriminierungssensible und  
122 inklusive Parteikulturen global mitzuentwickeln.

## A9 Feministische Führungskompetenz konsequent stärken

Antragsteller\*in: Xenia Kellner (KV Hannover)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

### Antragstext

- 1 Der Bundesvorstand wird aufgefordert , soweit möglich, auch in Kooperation mit den
- 2 Landesvorständen, intersektional feministische Führungskompetenz stärker in der Partei
- 3 verankern.
- 4 Dazu sind folgende Maßnahmen zu ergreifen.
- 5 1. Erarbeitung eines Verständnisses von Feminist Leadership
- 6 Unter der Federführung des Bundesverbands wird eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der
- 7 BAG Frauenpolitik und der Präsidien des Bundesfrauen- und Vielfaltsrates eingesetzt, die ein
- 8 gemeinsames Verständnis von „Feminist Leadership“ für Bündnis 90/Die GRÜNEN entwickelt.
- 9 Dabei soll externe Expertise einbezogen werden.
- 10 2. Entwicklung von Schulungsangeboten
- 11 Auf Grundlage dieses Verständnisses entwickelt der Bundesverband Module und
- 12 Schulungsangebote zum Thema Feminist Leadership. Diese sollen auch für die Landes- und
- 13 Kreisverbandsebene adaptierbar sein.
- 14 Diese Schulungen richten sich insbesondere an Menschen mit Führungsverantwortung oder
- 15 solche, die Führungsaufgaben anstreben.
- 16 3. Bereitstellung von Ressourcen
- 17 Für die Entwicklung und Umsetzung der Inhalte werden die notwendigen finanziellen Mittel
- 18 bereitgestellt, insbesondere zur Einbindung externer Expertise.
- 19 Sollte sich herausstellen, dass das Angebot nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen wird,
- 20 sollen Maßnahmen entwickelt werden um eine verbindlichere Teilnahme zu erreichen.

## A10 Tagesordnung

Gremium: Präsidium  
Beschlussdatum: 22.05.2026  
Tagesordnungspunkt: 1. Formalia

### Antragstext

- 1 TO zum 1. Diversitätsrat 29. und 30.5.2026
- 2 Antragsschluss für eigenständige Anträge: 15.05.2026, 14:00 Uhr
- 3 Antragsschluss für Änderungsanträge: 26.05.2026, 14:00 Uhr
- 4 Antragsgrün:<https://antraege.gruene.de/1dr26>
- 5 Tagungsort: smartvillage Berlin, Karl-Marx-Straße 101, 12043 Berlin
- 6 Freitag, 29.05.2026
- 7 18.00 – 21.00 Uhr Programm Impuls
- 8 <https://impuls.gruene.de/#programm>
- 9 Samstag, 30.05.2026
- 10 08.15 Uhr Ankommen und Akkreditierung
- 11 09.00 Uhr Begrüßung
- 12 09.15 Uhr TOP 1 Formalia
- 13 09.40 Uhr Politische Rede Pegah Edalatian
- 14 09.45 Uhr TOP 2 Anträge
- 15 2.1. A3:[Sichtbarkeit verteidigen. Solidarität leben. Queere Rechte europaweit stärken.](#)
- 16 2.2. A4:[Aufnahme der BAG Religionen in den Bundesdiversitätsrat](#)
- 17 2.3. A6:[Vielfalt in Versammlungen stärken](#)
- 18 2.4. A8:[Strukturelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Diskriminierung in](#)
- 19 [Parteistrukturen sichtbar machen und wirksam entgegenwirken](#)
- 20 2.5. A5:[Für eine wirklich inklusive GRÜNE Partei](#)
- 21 11.15 Uhr TOP 3 Berichte Vielfaltsreferat: Vielfaltscent Bericht 2025 und Vorhaben 2026 mit
- 22 anschließender Aussprache
- 23 12.15 Uhr TOP 4 Verschiedenes
- 24 • Anträge ohne Aussprache:
- 25 ◦ A1:[Bereitstellung einer Informationsplattform und Dokumentation der Sitzungen](#)
- 26 [und Tätigkeiten des Diversitätsrats](#)
- 27 ◦ A9: [Feministische Führungskompetenz konsequent stärken](#)
- 28 • Berichte der Länder

- 29 13.00 Uhr Mittagessen
- 30 Ab 13.30 Uhr Programm vom Impuls und Umbau des Raumes
- 31 <https://impuls.gruene.de/#programm>